

FDP kritisiert Äußerungen des Oberbürgermeisters zum Volksbegehren G8/G9: Meyer lässt die notwendige Neutralität vermissen!

Die FDP-Stadtratsfraktion kritisiert die Äußerungen von Frank Meyer zum Volksbegehren G8/G9. Meyer hatte erklärt, dass die Debatte um G8 ein "Musterbeispiel" dafür sei, "wie ideologische Gefechte auf dem Rücken von Schülern, Eltern und Lehrern ausgetragen werden".

Dazu erklärt FDP-Stadtratsfraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann: "Bei dem Verein "Mehr Zeit für Kindheit und Jugend", der die notwendigen Unterschriften zur Einleitung des Volksbegehrens gesammelt hat, handelt es sich nicht um Ideologen, sondern um besorgte Eltern und Pädagogen, die von dem Turbo-Abitur nicht viel halten. Ihnen politische Selbstverwirklichung vorzuwerfen, ist eine Grenzüberschreitung, die wir Oberbürgermeister Meyer, der für eine reibungslose Durchführung des Volksbegehrens in Krefeld der Verantwortliche ist, nicht durchgehen lassen dürfen."

Die FDP-Stadtratsfraktion wirft Meyer vor, sich mit seinen Äußerungen zum "Sprachrohr" der Rot-Grünen Schulpolitik zu machen:

"Herr Meyer scheint noch nicht verinnerlicht zu haben, dass er nicht mehr schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion ist, sondern mit der gebotenen Neutralität dafür sorgen muss, dass die Bürger sich ab dem 2. Februar im Rathaus sowie in der Bezirksverwaltungsstelle Fischeln für das Volksbegehren eintragen können. Wenn Herr Meyer dazu nicht in der Lage ist, sollte er dies seiner Stadtdirektorin Beate Zielke überlassen."